

2520.1

Bern, den 31. Oktober 1983

Notiz an Herrn Bundesrat Furgler

Sitzung des OECD-Handelskomitees
vom 24./25. Oktober 1983:
Rollback (Resultat)

1. Die Rollback-Initiative bildete Gegenstand unserer Notiz vom 21. Oktober ("Stand der handelspolitischen Diskussionen", vgl. Beilage 1). Nachstehend beschränken wir uns auf die Wiedergabe des Resultates der Diskussionen über dieses Thema im Handelskomitee der OECD, in welchem der Unterzeichnete die Schweiz vertritt und als Vizepräsident amtiert (vgl. Beilage 2: "Conclusions on "roll-back" debate").

Es wird ein zweistufiges Vorgehen vorgesehen, indem eine Reihe kurzfristig wirksam werdender Massnahmen durch ein längerfristiges Arbeitsprogramm ergänzt wird, wobei beide Aktionsbereiche das Vertrauen der Geschäftswelt in das offene multilaterale Handelssystem und den Liberalisierungswillen der Regierungen im Zeichen des Wiederaufschwungs stärken sollen.

In der ersten Phase rascher konkreter Liberalisierungsschritte sollen folgende Massnahmen bzw. Aktionsbereiche figurieren:

- Beschleunigung des in der Tokio-Runde des GATT beschlossenen Zollabbaus, der normalerweise am 1.1.1987 abgeschlossen würde (Vorziehen auf 1984 oder 1985).
- Besondere Liberalisierungsmassnahmen für Entwicklungsländer (LDC's) und vor allem für die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC's) mittels weiteren Ausbaus des Zollpräferenzsystems

und anderer Massnahmen, insbesondere Beseitigung mengenmässiger Beschränkungen (auch im Bereich der von diesen Staaten erzeugten Landwirtschaftsprodukte).

- Information der Vertragsparteien des GATT über Grauzonenmassnahmen durch die an ihnen beteiligten Länder (erhöhte Transparenz, aber keine Anerkennung irgendwelcher rechtlicher Verpflichtungen, deshalb Information und nicht Notifikation).
- Die effektive Verwirklichung des ministeriellen GATT-Arbeitsprogramms vom letzten November (Schutzklauselrevision etc.), für die Fristen gesetzt worden sind.

Die zweite längerfristige Phase müsste sicherstellen, dass die Liberalisierungsimpulse der ersten Phase weitergehen und die bestehenden Probleme in grundsätzlicher Weise einer Lösung zugeführt werden:

- Beobachtung ("monitoring") und Ueberwachung ("surveillance") der handelsbeschränkenden Massnahmen mit dem Ziel ihrer besseren multilateralen Kontrolle.

Auch eigentliche Rollbackschritte (Rücknahme von Handelsbeschränkungen der letzten Rezessionsjahre) könnten bzw. sollten unter diesen Titel fallen. Besondere Beachtung wird der Anpassungsproblematik in den betroffenen Wirtschaftssektoren (Stahl, Textilien, Schuhe etc.) gewidmet werden und noch bestehende Restriktionen wären degressiv und mit einer zeitlichen Befristung auszugestalten.

- Einigung auf Prioritäten eines längerfristigen Arbeitsprogramms im Handelsbereich (inkl. Beziehungen zu Entwicklungsländern).

2. Es muss festgestellt werden, wie wir dies schweizerischerseits auch betont haben, dass dieses im Handelskomitee zu Faden ge-

schlagene Rollbackprogramm mit der ursprünglichen Stossrichtung, nämlich im Zuge des Aufschwungs sektorielle Restriktionen insbesondere in der Grauzone und unter Industriestaaten zu lockern und zu beseitigen, nicht mehr viel gemein hat. Da es sich aber immerhin um Liberalisierungsschritte, wenn auch materiell beschränkter Tragweite handelt, haben wir den Rollback-Konklusionen des Handelskomitees auch zugestimmt. Andererseits ist nicht zu verkennen, dass der politische und wirtschaftliche Protektionsdruck in vielen OECD-Ländern noch zu gross ist, um das Schutzinstrumentarium für Krisenbranchen im Anpassungsprozess bereits jetzt entscheidend zu lockern (Arbeitslosigkeit hoch und noch steigend, schwache Regierungen etc.). Doch längerfristig wird nur der echte Rollback und eine entsprechende strukturelle Erneuerung die Lösung bilden können. Der Aussenschutz hat noch nie langfristig Arbeitsplätze und Prosperität erhalten können.

3. Schweizerischerseits haben wir auch betont, dass dieses Minimal-"Rollback"-Programm nicht noch weiter verwässert oder denaturiert werden darf. So muss in der ersten Phase der beschleunigte Zollabbau der Tokio-Runde im GATT von allen Handelspartnern mitvollzogen werden, sämtliche Zollpositionen umfassen und an keine Auflagen gebunden sein. So lehnen wir kategorisch die Versuche der EG ab, ihre eigene Beteiligung am vorgezogenen Zollabbau von einer gewissen minimalen Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts 1984/85 abhängig zu machen. Liberalisierungsschritte fördern das Wachstum, können also nicht an eine vorgegebene Wachstumsrate gebunden werden (ausserdem systemfremd im GATT).
4. Es ist auch zu unterstreichen, dass sich die EG als der eigentliche Bremsblock für einen echten Rollback herausgestellt hat, währenddem Japan mit der Ankündigung zusätzlicher Liberalisierungsmassnahmen (vgl. Beilage 3) gut Wetter machen wollte. Die

USA nahmen eine Mittelposition zwischen handels- und wirtschaftspolitisch Notwendigem und politisch Möglichem ein, während die kleinen Länder an die besondere Verantwortung der drei grossen Handelsblöcke erinnerten.

5. Das Rollback-Programm des Handelskomitees wird nun in die Diskussion in Lausanne eingebracht werden und alsdann formell am 7./8. November in der OECD anlässlich der Sitzung des Exekutivkomitees in Sondersession (CES) weiterbehandelt werden. Die Frist für die Antwort der OECD-Länder an den Generalsekretär der Organisation, der Auskunft über konkrete Rollbackschritte bis Ende Oktober verlangt hatte, ist im Handelskomitee informell bis Mitte-Ende November, also nach Lausanne und dem CES, verlängert worden.



(K. Jacobi)

Beilagen